

Vorschau auf die Landratssitzung vom 11. Januar 2024

An der ersten Sitzung des Jahres 2024 befasst sich das Baselbieter Parlament unter anderem mit den Kosten des öffentlichen Verkehrs, Personalengpässen am Strafgericht, der Verwendung von Gelder für wissenschaftliche Covid-Studien und mit der Aufsicht über die Staatsanwaltschaft und die Jugendanwaltschaft.

Mit der Vorlage «**Erhöhung Ausgabenbewilligung des 9. Generellen Leistungsauftrags im Bereich des öffentlichen Verkehrs für die Jahre 2022–2025**» wird dem Landrat ein Kredit von CHF 28,06 Mio. beantragt. Mehrkosten für den Kanton ergeben sich wegen Mindererträgen der Transportunternehmen als Folge der Covid-19-Pandemie, die sich zudem auf die Abgeltungsrechnung zwischen den beiden Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt auswirken. Zudem erfolgte eine Taktverdichtung der Linie 19 und eine Attraktivitätssteigerung im Spätangebot im Raum Basel. – *Die vorbereitende Bau- und Planungskommission beantragt dem Landrat einhellig Zustimmung zum Landratsbeschluss. (Traktandum 6; zum [Geschäft](#))*

Die Gerichte beantragen dem Landrat, die **Präsidialpensen des Straf-, Jugend- und Zwangsmassnahmengerichts** für die Dauer eines Jahres um 60 % aufzustocken (aktuell: 600 Stellenprozent). Als Grund wird die teilweise bzw. vollständige krankheitsbedingte Abwesenheit von zwei Präsidien genannt. Für eine beschränkte Zeitdauer sei es möglich, dass die verbleibenden fünf Präsidien und soweit möglich die Vizepräsidien die Fälle dieser ausfallenden Präsidien übernehmen, heisst es in der Vorlage – längerfristig zeigten sich aber Überlastungserscheinungen. Konkret sollen darum die Pensen der beiden teilsamtlich tätigen Präsidien aufgestockt werden, welche aus Effizienzgründen und im Rahmen ihrer zeitlichen Möglichkeiten bereit seien, vorübergehend 20 % bzw. 40 % mehr zu arbeiten. – *Die Vorlage wird direkt beraten (Traktandum 7; zum [Geschäft](#)).*

Der Regierungsrat nahm innert Frist zu den vom Landrat überwiesenen Empfehlungen im **Zusammenhang mit der Vergabe von Geldern für wissenschaftliche Studien anlässlich der COVID-19-Pandemie** Stellung. Die für die Vorberatung zuständige Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Landrat, den Regierungsrat mit einer erneuten Prüfung von vier der fünf Empfehlungen zu beauftragen. Insbesondere empfiehlt die Kommission dem Regierungsrat mit Nachdruck, die für Studie III gesprochenen Gelder zurückzufordern, da für diese weiterhin kein Entscheid der Ethikkommission vorliegt (Stand 10. November 2023). – *Die GPK beantragt dem Landrat einstimmig mit 15:0 Stimmen Zustimmung zum Landratsbeschluss. (Traktandum 8; zum [Geschäft](#))*

Der aktuelle Tätigkeitsbericht der Fachkommission für die **Aufsicht über die Staats- und die Jugendanwaltschaft** führte in der Justiz- und Sicherheitskommission zu verschiedenen Nachfragen zu den aufgegriffenen Themen. Ein spezielles Augenmerk legte die Kommission auf die seit mehreren Jahren steigende und aktuell noch einmal erhöhte Fallbelastung der Jugendanwaltschaft, welche sich nicht zuletzt auch in der Auslastung der Jugendanwältinnen und des Jugendanwalts spiegelt. Die Fachkommission empfiehlt als Entlastungsmassnahme, in bestimmten Fällen die Einsetzung von Untersuchungsbeauftragten als ausserordentliche Jugendanwältinnen oder -anwälte zu prüfen. Gegenüber der Kommission war aber auch die Rede von einer zusätzlichen Stelle als Jugendanwältin bzw. -anwalt. – *Die Justiz- und Sicherheitskommission beantragt dem Landrat mit 13:0 Stimmen die Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichts (Traktandum 9; zum [Geschäft](#)).*

An der Sitzung sind weitere Vorlagen und zahlreiche Vorstösse zu verschiedenen Themenbereichen traktandiert. Diese Geschäfte sind über Links in der [Traktandenliste](#) abrufbar.